

Die verfehlte Sanktionspolitik des Westens gegen Simbabwe

Grauvogel, Julia; Soest, Christian von

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Grauvogel, J., & Soest, C. v. (2015). *Die verfehlte Sanktionspolitik des Westens gegen Simbabwe*. (GIGA Focus Afrika, 2). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-422538>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die verfehlte Sanktionspolitik des Westens gegen Simbabwe

Julia Grauvogel und Christian von Soest

Am 20. Februar 2015 verlängerte die Europäische Union (EU) ihre Sanktionen gegen Simbawwes Machthaber Robert Mugabe und seine Frau Grace. Die Nachbarstaaten Simbawwes hatten sich schon immer gegen die westliche Sanktionspolitik gewandt.

Analyse

Als Reaktion auf Menschenrechtsverletzungen in Simbabwe hatten die EU, die USA und weitere westliche Staaten Anfang der 2000er Jahre Sanktionen gegen die Regierung Mugabe verhängt. Zeitweise waren mehrere Hundert Personen von Kontensperrungen und Reisebeschränkungen betroffen. Zwar sind im Fall von Simbabwe die Einwirkungsmöglichkeiten von außen grundsätzlich begrenzt, doch hat die westliche Sanktionspolitik selbst die geringen Spielräume zur Beeinflussung der politischen Entwicklung im Land nicht genutzt. Stattdessen wurden die Sanktionen zu einer wesentlichen Legitimationsressource für das Mugabe-Regime.

- Die EU-Sanktionspolitik ist widersprüchlich: Die jetzt betriebene Annäherung hätte bereits mit der Bildung der „Regierung der nationalen Einheit“ im Jahr 2009 erfolgen müssen. Die Sanktionspolitiken der EU und der USA sind zudem nicht aufeinander abgestimmt.
- Der Fall Simbabwe macht ein zentrales und bislang vernachlässigtes Problem westlicher Sanktionspolitik deutlich: Von Beginn an müssen die Anforderungen für eine Aufhebung der Sanktionen klar benannt werden. Sonst wirkt dieses außenpolitische Zwangsmittel kontraproduktiv.
- Die Stabilität des autoritären Regimes in Zimbabwe hängt entscheidend von der Person des Präsidenten Robert Mugabe ab. Der 91-jährige Machthaber lässt die Nachfolgefrage gezielt offen und hat mit der Absetzung von Vizepräsidentin Joyce Mujuru seine Machtposition sogar noch ausgebaut.
- Die Besonderheiten einer Diktatur, in der regelmäßig Wahlen abgehalten werden („elektorale Autokratie“), und die bedeutende Rolle der Sicherheitskräfte machen Voraussagen über die weitere Entwicklung schwierig. Mugabe wird versuchen, sich so lange wie möglich an der Macht zu halten. Klar ist jedoch: Selbst wenn er abtreten würde, wäre unmittelbar keine Demokratisierung in Simbabwe zu erwarten.

Schlagwörter: Simbabwe, Europäische Union, Vereinigte Staaten, internationale Beziehungen, Sanktionen, innenpolitische Lage/Entwicklung

Externer Druck führte zu interner Legitimation

Bei ihren Bemühungen, von außen auf eine Demokratisierung in Simbabwe hinzuwirken und die Opposition zu stärken, setzten westliche Geberländer seit Beginn der 2000er Jahre auf Sanktionen. Die EU und die USA (sowie weitere westliche Staaten wie Kanada, Neuseeland und Australien) verhängten Einreisebeschränkungen gegen Mitglieder der Regierung sowie hochrangige Militärs und sperrten deren Konten. Zudem wurden geschäftliche Verbindungen zu zahlreichen simbabwischen Firmen untersagt. Die offizielle Entwicklungszusammenarbeit wurde auf rein humanitäre Hilfe beschränkt, um den Druck auf die Entscheidungsträger in der Regierung weiter zu erhöhen. Diese westlichen Sanktionen wurden zu einem zentralen Spielball in der internen Auseinandersetzung zwischen dem Regime Präsident Mugabes und dem oppositionellen Movement for Democratic Change (MDC). Sie trugen jedoch nicht zu einer Verhaltensänderung Mugabes und seiner Partei Africa National Union – Patriotic Front (ZANU-PF) bei, sondern wurden vielmehr als Legitimationsressource zum eigenen Machterhalt missbraucht (Grauvogel und von Soest 2014).

Mugabe verurteilte die Sanktionen als „neo-imperiale Aggression“ (*The Herald* 2013) und präsentierte sich als Garant der Souveränität Simbabwes. Er griff damit auf eine bewährte Strategie zurück: Der Unabhängigkeitskampf und die Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien bzw. zum Westen allgemein waren schon immer entscheidende Legitimationsressourcen seiner Herrschaft. Zudem machte seine Regierung die Maßnahmen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten für den beispiellosen wirtschaftlichen Niedergang und die Verarmung weiter Teile der Bevölkerung verantwortlich (von Soest und Domke 2011).

Damit reißen sich die Sanktionen gegen Simbabwe in eine ganze Reihe gescheiterter Versuche ein, von außen demokratische Entwicklungen anzustoßen. Daraus können Lehren für künftige Fälle gezogen werden, in denen die Anwendung von Sanktionen und vor allem deren Lockerung oder Aufhebung diskutiert wird. Gleichzeitig ist es wichtig, auf mögliche politische Entwicklungen in Simbabwe vorbereitet zu sein: Wie sollen die EU, die USA und andere Länder reagieren, wenn Menschenrechte weiter missachtet werden? Wie kann der Westen zu einer positiven politischen

und wirtschaftlichen Entwicklung im Land beitragen? Wie sollte er reagieren, wenn Mugabe stirbt und die Nachfolgediskussion beginnt?

Nicht ohne Mugabe: Herrschaftsdynamik in Simbabwe

In ihren Sanktionsbeschlüssen mahnten der US-Kongress im Jahr 2001 und der Rat der EU im Jahr 2002 nicht nur grundsätzlich Rechtsstaatlichkeit und Demokratie an, sondern begrüßten explizit den Kampf der Bevölkerung für friedlichen, demokratischen Wandel (United States Kongress 2001). Die Sanktionen zielten damit ausdrücklich auf eine Schwächung des Mugabe-Regimes – in der Konsequenz sogar auf dessen Ablösung – und die Stärkung der MDC-Opposition.

Schon häufig wurde, vor allem von ausländischen Beobachtern, das nahende Ende der Herrschaft Robert Mugabes in Simbabwe vorhergesagt. So wird seit Jahren über eine ernsthafte Erkrankung des am 21. Februar dieses Jahres 91 Jahre alt gewordenen Herrschers spekuliert, der seit mittlerweile 34 Jahren an der Macht ist. Bei längeren Veranstaltungen wirkt er oft abwesend und nach dem erneuten Wahlsieg seiner ZANU-PF im Juli 2013 brauchte er über einen Monat, um die verschiedenen Fraktionen der Regierungspartei auszubalancieren und sein Kabinett zu ernennen. Ganz offensichtlich gibt es in der ZANU-PF einen undurchsichtigen Machtkampf, in dem sich mögliche Nachfolger, allen voran der jetzige Vizepräsident Emerson Mnangagwa, aber auch dessen Amtsvorgängerin Joyce Mujuru in Stellung zu bringen versuchen.

Die Entwicklungen der vergangenen Monate zeigten jedoch vor allem Mugabes „außerordentliche Fähigkeit zu überleben“ (International Crisis Group 2014). Er hat die Macht sogar noch stärker in seinen Händen konzentriert: Vor dem 6. Nationalen Volkskongress der ZANU-PF im Dezember 2014 änderte er eigenmächtig die Parteistatuten, um als Vorsitzender selbst seine Stellvertreter und die Mitglieder des Politbüros ernennen zu können.

Dies ermöglichte es ihm, seine bisherige Stellvertreterin Joyce Mujuru abzusetzen. Seit Mitte 2014 war sie von First Lady Grace Mugabe öffentlich demontiert worden. Das offizielle Sprachorgan des Regimes, *The Herald*, diskreditierte Mujuru zudem als „Agentin des Westens“ und warf ihr kurz vor Beginn des „Volkskongresses“ sogar vor,

einen Mordkomplott gegen Präsident Mugabe geschmiedet zu haben (*The Herald* 2014). Mit Mujuru mussten fast alle ihre Unterstützer in Parteiführung und Regierung gehen. Nur zwei mutmaßliche Mujuru-Loyalisten sind im Politbüro der ZANU-PF übriggeblieben. Offensichtlich war Mujuru zu einflussreich geworden und das ausbalancierte Machtgefüge in Regierung und Partei drohte aus dem Gleichgewicht zu geraten. Dieses Vorgehen Mugabes ist keineswegs neu: Innerparteiliche Widersacher wurden bereits in den 1980er Jahren auf ähnliche Weise ausgeschaltet und auch der derzeitige Vizepräsident Emerson Mnangagwa war im Jahr 2004 von Mugabe zeitweilig degradiert worden.

Darüber hinaus hat der Parteikongress keine Klarheit in der Nachfolgefrage gebracht. Mugabe stellte umgehend fest, die Vizepräsidenten hätten „keine wirklich große Funktion“ (*Mail & Guardian* 2014), und deckelte damit von vornherein die Ambitionen des neuen Amtsinhabers Emerson Mnangagwa. Unklar bleibt, wie weitreichend der politische Einfluss und der persönliche Ehrgeiz der Ehefrau Robert Mugabes sind. Grace Mugabe tourte in einer Art persönlichem Wahlkampf bereits durch ländliche Gebiete Simbabwe und wurde auf dem Volkskongress zur Vorsitzenden der einflussreichen ZANU-PF-Frauenliga ernannt. Sowohl Emerson Mnangagwa als auch Grace Mugabe gelten jedoch – anders als Joyce Mujuru mit ihren „untadeligen Verdiensten im Befreiungskampf“ (*The Economist* 2015) – als unpopulär in der Bevölkerung. Im personalisierten Regime Simbabwe geht also noch immer nichts ohne den „Helden aus dem Befreiungskampf“.

Keine Gefahr von der Opposition

Die 2002 verhängten Einreisebeschränkungen und Kontensperrungen verfolgten das Ziel, den Druck auf die Entscheidungsträger in der Regierung zu erhöhen und parallel dazu die unterdrückte Opposition von außen zu stärken. Tatsächlich fühlte sich diese ermutigt und wertete die Zwangsmaßnahmen als Zeichen, dass „die Augen der internationalen Gemeinschaft auf das illegitime Mugabe-Regime gerichtet sind“ (*allAfrica.com* 2002). Insgesamt gesehen haben die externen Sanktionen der MDC-Opposition langfristig aber geschadet. Spätestens seit dem Eintritt der MDC in die gemeinsame Regierung mit der ZANU-PF im Jahr

2009 wirkten sie verheerend, denn Vertreter der ZANU-PF beschuldigten die vormalige Opposition wiederholt öffentlich, nicht auf die Aufhebung der Sanktionen hinzuwirken.

Damit konnte Mugabe nicht nur seine unangefochtene Position innerhalb der ZANU-PF noch weiter stärken, sondern auch die MDC in die Enge treiben. Zudem verlor die Opposition nach der klaren Niederlage bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Juli 2013 massiv an Einfluss. Der Versuch der MDC-Erneuerer („MDC Renewal Team“), die Bewegung neu auszurichten, blieb wirkungslos. Neben der Einschüchterung durch die Sicherheitskräfte und der ZANU-PF-Propaganda, die MDC sei für das Fortbestehen der Sanktionen und damit für die wirtschaftlichen Probleme des Landes verantwortlich, trugen folgende Faktoren zum Niedergang der Opposition bei:

- Die MDC hatte viele ihrer Wahlversprechen und damit die Hoffnungen ihrer Wähler nicht erfüllen können, als sie von 2009 bis 2013 gemeinsam mit der ZANU-PF regierte.
- Die Oppositionsbewegung hatte vor allem das Ziel geübt, Mugabe loszuwerden. Darüber hinaus ist die MDC ein Sammelbecken für Vertreter verschiedenster politischer Positionen, die sich nicht auf eine gemeinsame politische Agenda verständigen konnten.
- Die MDC kämpft mit schwachen internen Strukturen; verglichen mit der ehemaligen Befreiungsorganisation ZANU-PF fehlt es ihr vor allem an Unterstützung in ländlichen Regionen.
- Viele hochrangige Parteimitglieder beklagen die mangelnde Führung durch den langjährigen Oppositionsführer Morgan Tsvangirai.
- Der MDC gelang es nicht, der Propaganda in den staatlich-kontrollierten Medien und der Befreiungskampf-Rhetorik der ZANU-PF ein überzeugendes Korrektiv entgegenzustellen (Tendi 2010).

Die schwierige Aufhebung von Sanktionen

Auf dem Höhepunkt der Sanktionspolitik gegen Simbabwe in den Jahren 2008/2009 umfasste die „schwarze Liste“ der EU 203 mit Kontensperrungen und Einreiseverboten belegte Personen und 40 Firmen; die USA hatten zum gleichen Zeitpunkt gezielte Sanktionen gegen 135 Personen und 75 Firmen verhängt. Trotz ihrer begrenzten ökonomischen Auswirkungen dominieren die west-

lichen Sanktionen die Propaganda des ZANU-PF-Regimes bis heute, während die humanitären Bemühungen von EU und USA kaum Beachtung finden. Dies und die offensichtliche Wirkungslosigkeit der Sanktionen im Hinblick auf eine Verhaltensänderung und Demokratisierung des Mugabe-Regimes führten zu Diskussionen, ob man die Zwangsmaßnahmen wieder aufheben sollte. Doch konnten sich die sanktionierenden Staaten nicht auf eine klare Haltung einigen.

Der Fall Simbabwe verweist damit auf ein grundsätzliches Dilemma: Wenn der Adressat der Zwangsmaßnahmen nicht nachgibt, kann ihre Lockerung oder gar Aufhebung als Bestätigung des sanktionierten Regimes erscheinen. Angesichts fortbestehender Menschenrechtsverletzungen und politisch motivierter Gewalt haben sich lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen wie Research and Advocacy Unit (RAU) und Global Witness daher wiederholt gegen eine Aufhebung der Sanktionen ausgesprochen (Global Witness 2013; Research and Advocacy Unit 2015).

Andererseits bestand im Falle Simbabwes die Hoffnung, dass Mugabe und seine Partei nach Aufhebung der Sanktionen nicht länger den Druck von außen für die wirtschaftliche Krise verantwortlich machen könnten. Die massive Propaganda des Regimes zeigte nämlich Wirkung: Während 2005 nur 24 Prozent der Befragten einer *Afrobarometer*-Umfrage die ökonomischen Probleme Simbabwes auf Sanktionen und Einmischung aus dem Ausland zurückführten, stimmten fünf Jahre später bereits 63 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die Sanktionen die einfachen Simbaber treffen und deshalb aufgehoben werden sollten (Mass Public Opinion Institute 2005; *Afrobarometer* 2010). Vertreter der ZANU-PF warfen der MDC zudem vor, bereitwillig das Leid der Bevölkerung zu akzeptieren, um mithilfe des Westens die eigene Machtposition auszubauen (Masaka 2012). Vor diesem Hintergrund sprachen sich denn auch regimekritische Akteure in Simbabwe zunehmend für eine Neuausrichtung der westlichen Simbabwepolitik aus (Moyo 2014).

Verpasste Chance 2008/2009

Nach umstrittenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen hatten sich Morgan Tsvangirai und Robert Mugabe im September 2008 auf eine gemeinsame Regierungsvereinbarung, das „Global

Political Agreement“ (GPA), verständigt. Im Jahr 2009 bildeten ZANU-PF und MDC auf Grundlage dieses GPA gemeinsam eine „Regierung der nationalen Einheit“. Der Westen hätte zu diesem Zeitpunkt die Chance nutzen können, einen schrittweisen Abbau der Sanktionen an konkrete Erfolge bei der Umsetzung des GPA zu knüpfen. Doch statt die Einigung beider Parteien zum Anlass zu nehmen, einen Fahrplan für das abgestufte Aufheben der Sanktionen aufzustellen, nahm die EU zunächst eine abwartende Haltung ein. Dies drängte die MDC, die sich im Artikel 4 des GPA verpflichtet hatte, für die Aufhebung der Sanktionen zu werben, in die Defensive.

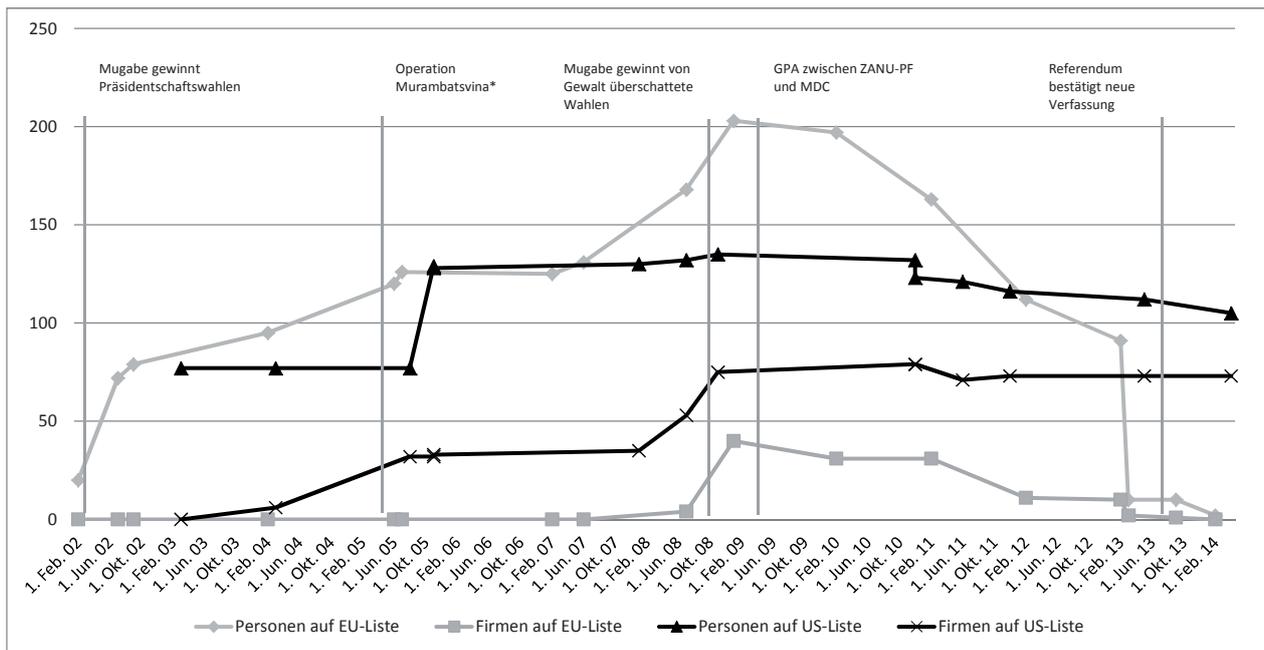
Nach der Bildung der „Regierung der nationalen Einheit“ warb die ehemalige Opposition in Europa für einen Abbau der restriktiven Maßnahmen, was jedoch nicht zuletzt an der Skepsis der britischen Regierung scheiterte. Zwar kam es in der Folgezeit zu einer deutlichen Lockerung der Sanktionen, doch wurde ein Großteil der betroffenen Personen und Firmen erst Anfang 2013 von der schwarzen Liste der EU gestrichen. Dies sollte, wie die damalige EU-Außenkommissarin Ashton betonte, den erfolgreichen Abschluss des Verfassungsprozesses belohnen (International Crisis Group 2012), kam als Maßnahme jedoch zu spät, um die Implementierung des GPA maßgeblich zu beeinflussen.

Keine einheitliche Linie von EU und USA

Die Lockerung der EU-Sanktionen ab 2011 sendete zudem kein eindeutiges Signal nach Simbabwe, da die USA ihre Zwangsmaßnahmen weitestgehend aufrechterhielten (siehe Abbildung 1) und das ZANU-PF-Regime ganz bewusst nicht zwischen Sanktionen der EU und der USA unterscheidet. Doch verfolgen die EU und die USA durchaus unterschiedliche Ansätze.

Die EU hatte ihre Sanktionen nach der Bildung der gemeinsamen Regierung von ZANU-PF und MDC im Jahr 2009 gelockert, hob sie allerdings erst nach dem klaren Wahlsieg von Mugabe und ZANU-PF im Jahr 2013 fast vollständig auf. Als Begründung wurde auf die Verbesserung des politischen Umfelds durch die neue Verfassung, die 2013 vor den Wahlen verabschiedet worden war, und die friedlichen (allerdings weithin umstrittenen) Präsidentschafts- und Parlamentswahlen selbst verwiesen. Seitdem wuchs die Bereitschaft

Abbildung 1: Restriktive Maßnahmen vonseiten der EU und der USA gegenüber Simbabwe



Quelle: Eigene Darstellung.

* Die Operation Murambatsvina bezeichnet die staatliche Beseitigung informeller Siedlungen ab dem 25. Mai 2005, bei der mindestens 700.000 Menschen obdachlos wurden.

in der EU, Alternativen zu den Sanktionen in Betracht zu ziehen. So erhält Simbabwe ab 2015 wieder Gelder des Europäischen Entwicklungsfonds, dem EU-Topf für die Entwicklungszusammenarbeit. Tatsache ist jedoch, dass der EU und den USA seit dem deutlichen Wahlsieg Mugabes im Jahr 2013 und dem Niedergang der Opposition ein verlässlicher alternativer politischer Partner im Lande fehlt.

Zwar nahm auch die Obama-Administration im Mai 2013 die Einreisebeschränkungen gegen acht Funktionäre der ZANU-PF zurück und erlaubte wieder Transaktionen mit zwei simbabwischen Banken. Dennoch halten die USA mit Verweis auf die gravierenden Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen 2013 an den Sanktionen fest und haben bis heute nur sehr wenige Personen und Firmen von ihren Listen genommen.

Die Erfahrung mit den westlichen Sanktionen gegen Simbabwe verweist auf zwei zentrale Faktoren, die bei einer Aufhebung von Sanktionen beachtet werden sollten:

- Wie bei der Verhängung von Sanktionen ist auch bei ihrer Aufhebung die Wahl des Zeitpunktes entscheidend. Die Rücknahme dieser Maßnahmen sollte an klare und realistische Ziele geknüpft werden. Während es der EU hinsichtlich der Ausweitung der Sanktionen zunehmend besser gelang, zeitnah auf negative Entwicklungen

in Simbabwe zu reagieren, fehlten für die Lockerung der Sanktionen detaillierte Prüfsteine.

- Eine enge Abstimmung zwischen EU und USA ist schwierig – schon innerhalb der EU gibt es unterschiedliche Positionen –, aber sie ist unerlässlich. Die westlichen Bemühungen um UN-mandatierte Sanktionen gegen Simbabwe scheiterten im Juli 2009 am Veto Russlands und Chinas. In der Folge konnten sich jedoch auch die EU und die USA nicht auf ein koordiniertes Vorgehen zum schrittweisen Abbau der Sanktionen als Reaktion auf die Bildung der „Regierung der nationalen Einheit“ einigen.

Zukunftsszenarien und Einflussmöglichkeiten

Der Fall Simbabwe steht exemplarisch für die Schwierigkeit, Sanktionen in geeigneter Weise zurückzunehmen. „Auf die Zukunft zu warten“ (International Crisis Group 2014) ist für die westliche Simbabwepolitik keine realistische Option. Mit dem Abtreten von Präsident Mugabe würden sich zwar neue Handlungsmöglichkeiten ergeben, die Aussichten auf wirkliche Demokratisierung sind jedoch gering. Fünf mögliche, nach Wahrscheinlichkeit geordnete Szenarien für die weitere Entwicklung Simbawes sollten bei der Neuausrichtung der EU-Politik bedacht werden:

1. Weiter mit Mugabe: Sollte es seine Gesundheit zulassen, wird Präsident Mugabe wahrscheinlich auch bei den Präsidentschaftswahlen 2018 wieder antreten. Aus heutiger Sicht ist nicht anzunehmen, dass sich potenzielle Nachfolger aus der Regierungspartei offen gegen die bereits seit Jahrzehnten dominierende politische Figur des Landes stellen werden. Im hochpersonalisierten politischen System Simbabwes bleibt er die zentrale Instanz und verfügt noch immer – vor allem in ländlichen Gebieten – über das größte Wählerpotenzial aller denkbaren ZANU-PF-Kandidaten. Die Einflussmöglichkeiten des Westens sind in diesem Szenario begrenzt. Die Aufhebung der US-Sanktionen sowie die Fortführung der Politik vorsichtiger Wiederannäherung und die Unterstützung der Zivilgesellschaft würden die Möglichkeiten des Regimes verringern, den Westen zur Zielscheibe für Kritik und zum Sündenbock für interne Probleme zu machen.
2. Machtübernahme durch Vizepräsident Mnangagwa: In Simbabwe halten sich Gerüchte, dass Ende des Jahres 2015 oder nach Weitergabe des AU-Vorsitzes ein Machtwechsel erfolgen wird. Möglicherweise steht Mnangagwa auch hinter der Absetzung seiner Rivalin Mujuru. Allerdings kann er kein annähernd so großes Wählerpotenzial mobilisieren wie Mugabe. Das bedeutet im autoritären politischen System Simbabwes, in dem regelmäßig Wahlen abgehalten werden, dass Propaganda, Repression und Wahlmanipulation deutlich verstärkt werden müssten, um einen Wahlsieg zu sichern. Die alleinige Machtübernahme durch die politisch unerfahrene Grace Mugabe erscheint unrealistisch. Möglich wäre jedoch ein Pakt zwischen Mnangagwa und der First Lady, um das „Erbe“ ihres Ehemanns fortzuführen. Sollte diese für die Regierungspartei ZANU-PF riskante Strategie erfolgreich sein, wären die Einflussmöglichkeiten von außen ebenfalls beschränkt. Allerdings ist Mnangagwa nach Einschätzung zahlreicher lokaler Beobachter konzilianter und eher zur verstärkten Zusammenarbeit mit dem Westen bereit als Robert Mugabe.
3. Comeback von Joyce Mujuru: Simbabwes ehemalige Vizepräsidentin wurde im Dezember 2014 aller ihrer Ämter enthoben, jedoch nicht aus der Regierungspartei ausgeschlossen. Sie kündigte bereits an, als „eine“ ZANU-PF-Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2018 anzutreten. Noch immer verfügt sie in Teilen der Regierungspartei über Unterstützung und hätte von allen potenziellen Kandidaten für die Nachfolge Mugabes die besten Wahlchancen. Mujuru könnte einen Neustart der Beziehungen zum Westen – verbunden mit verstärkter finanzieller Unterstützung für Simbabwe – im Austausch für moderate demokratische Reformen zu ihrer politischen Agenda machen.
4. Stärkung der Opposition: Im Augenblick ist es unwahrscheinlich, dass die MDC-Bewegung in naher Zukunft wieder geeint auftritt. Das wäre die Vorbedingung, um wie zu Beginn der 2000er Jahre als glaubhaftes Gegengewicht zur ZANU-PF wahrgenommen zu werden. Bei einem Wahlsieg der MDC wären die Einflussmöglichkeiten von außen unter allen genannten Szenarien am größten. Mit schneller Unterstützung des Westens für die neue Regierung wäre zu rechnen.
5. Das Militär übernimmt die Macht: Trotz wiederholt auftauchender Gerüchte ist eine solche Entwicklung sehr unwahrscheinlich. Solange die Vorrechte, Einnahmequellen und Privilegien der Sicherheitskräfte nicht drastisch beschnitten werden, ist nicht mit einem Putsch zu rechnen: Zum einen gibt es durchaus ein professionelles Ethos sowie ein legalistisches Verständnis zumindest in Teilen der Streitkräfte, zum anderen würden die Regionalorganisationen AU und Southern African Development Community (SADC) mit deutlichen Maßnahmen auf einen „verfassungswidrigen Regierungswechsel“ reagieren.

Literatur

- Afrobarometer* (2010), Summary of Results: Zimbabwe 2010, online: <www.afrobarometer.org/results/results-by-country-n-z/zimbabwe> (10. Januar 2015).
- allAfrica.com* (2002), Zimbabwe: MDC Welcomes EU Decision to Extend Targeted Sanctions, online: <<http://allafrica.com/stories/200207230671.html>> (11. Februar 2015).
- Chitiyo, Knox, und Steven Kibble (2014), *Zimbabwe's International Re-Engagement: The Long Haul to Recovery*, Report, 1. April, London: Chatham House.
- Global Witness (2013), *Global Witness Welcomes EU Decision to Maintain Sanctions Against Zimbabwean Diamond Sector*, online: <www.globalwitness.org/library/global-witness-welcomes-eu-decision-maintain-sanctions-against-zimbabwean-diamond-sector> (11. Februar 2015).
- Grauvogel, Julia, und Christian von Soest (2014), Claims to Legitimacy Count: Why Sanctions Fail to Instigate Democratisation in Authoritarian Regimes, in: *European Journal of Political Research*, 53, 4, 635-653.
- International Crisis Group (2012), *Zimbabwe's Sanctions Standoff*, Johannesburg/Brüssel: ICG.
- International Crisis Group (2014), *Zimbabwe: Waiting for the Future*, Brüssel: ICG.
- Mail & Guardian* (2014), Mugabe's New Vice-Presidents Have „No Real Big Function“, online: <<http://mg.co.za/article/2014-12-10-mugabe-two-new-vice-presidents-have-no-real-big-function>> (11. Februar 2015).
- Masaka, Dennis (2012), Paradoxes in the „Sanctions Discourse“ in Zimbabwe: A Critical Reflection, in: *African Study Monographs*, 33, 1, 49-71.
- Mass Public Opinion Institute (2005), *Summary of Results: Zimbabwe 2005*, Harare: MPOI.
- Moyo, Normalanga (2014), NANGO Calls for Total Lifting of Targeted Sanctions, in: *SW Radio Africa*, online: <<http://allafrica.com/stories/201402280901.html>> (10. Januar 2015).
- Research and Advocacy Unit (2015), *Zimbabwe, the European Union and the Cotonou Agreement: An Opinion*, Harare: RAU.
- Soest, Christian von, und Maxi Domke (2011), *Zimbabwe: Düstere Aussichten für Demokratische Reformen*, GIGA Focus Afrika, 10, online: <www.giga-hamburg.de/de/publication/simbabwe-d%C3%BCstere-aussichten-f%C3%BCr-demokratische-reformen> (10. Januar 2015).
- Soest, Christian von, und Michael Wahman (2015), Not all Dictators Are Equal: Coups, Fraudulent Elections and the Selective Targeting of Democratic Sanctions, in: *Journal of Peace Research*, 52, 1, 17-31.
- Tendi, Blessing-Miles (2010), *Making History in Mugabe's Zimbabwe: Politics, Intellectuals, and the Media*, Oxford: Peter Lang.
- The Economist* (2015), Keep Digging Bob, Harare.
- The Herald* (2013), „Voters Spoke, Remove Your Sanctions“, online: <www.herald.co.zw/voters-spoke-remove-your-sanctions/> (11. Februar 2015).
- The Herald* (2014), Mujuru Probe Hots Up, online: <www.herald.co.zw/mujuru-probe-hots-up/> (11. Februar 2015).
- United States Congress (2001), *Zimbabwe Democracy and Economic Recovery Act of 2001*, online: <<https://www.govtrack.us/congress/bills/107/s494/text>> (10. Januar 2015).

■ Die Autoren

Julia Grauvogel, M.A., ist Doktorandin an der Universität Hamburg und wissenschaftliche Mitarbeiterin im GIGA-Forschungsprojekt „Wirkungslose Sanktionen? Externe Sanktionen und die Persistenz autokratischer Regime“, das von der Fritz Thyssen Stiftung gefördert wird.

<julia.grauvogel@giga-hamburg.de>, <www.giga-hamburg.de/team/grauvogel>

Dr. Christian von Soest ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Afrika-Studien und Leiter des überregionalen Forschungsteams „Ursachen und Wirkungen von Sanktionen“ im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“. Er ist wissenschaftlicher Koordinator des GIGA-Forschungsprojekts „Wirkungslose Sanktionen?“ und kommissarischer Leiter des GIGA Berlin Büros.

<christian.vonsoest@giga-hamburg.de>, <www.giga-hamburg.de/team/soest>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Rahmen des Forschungsteams „Ursachen und Wirkungen von Sanktionen“ untersucht das von der Fritz Thyssen Stiftung geförderte interregional vergleichende Projekt „Wirkungslose Sanktionen? Internationale Sanktionen und die Persistenz autokratischer Regime“ (Projektleitung: Dr. Matthias Basedau, wissenschaftliche Koordination: Dr. Christian von Soest) unter anderem die Einflüsse von Sanktionen auf die Stabilität von autoritären Regimen.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Basedau, Matthias, Clara Portela und Christian von Soest (2010), *Peitsche statt Zuckerbrot: Sind Sanktionen wirkungslos?*, GIGA Focus Global, 11, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Grauvogel, Julia, Katharina Newbery und Christian von Soest (2013), *Stabilität durch regionale Sanktionen in Afrika?*, GIGA Focus Afrika, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Grauvogel, Julia, und Christian von Soest (2014), *Claims to Legitimacy Count: Why Sanctions Fail to Instigate Democratisation in Authoritarian Regimes*, in: *European Journal of Political Research*, 53, 4, 635-653.

Raftopoulos, Brian (2014), *Zimbabwean Politics in the Post-2013 Election Period*, in: *Africa Spectrum*, 49, 2, 91-103, online: <www.africa-spectrum.org>.

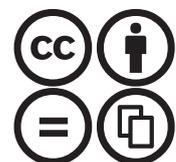
Soest, Christian von, und Maxi Domke (2011), *Simbabwe: Düstere Aussichten für Demokratische Reformen*, GIGA Focus Afrika, 10, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Soest, Christian von, und Michael Wahman (2014), *Are Democratic Sanctions Really Counterproductive?*, in: *Democratization*, published online 31 March 2014, DOI: 10.1080/13510347.2014.888418.

Soest, Christian von, und Michael Wahman (2015), *Not all Dictators Are Equal: Coups, Fraudulent Elections and the Selective Targeting of Democratic Sanctions*, in: *Journal of Peace Research*, 52, 1, 17-31.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet. Redaktion: Robert Kappel; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg